

Neue Kriegsstrategien unter der Überschrift „Neue Verantwortung“

„**Neue Macht – Neue Verantwortung - Elemente einer deutschen Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch**“ lauten Titel und Untertitel eines 52 Seiten umfassenden „**Abschlussberichts**“ der Arbeitsgruppe „**Neue Macht, neue Verantwortung**“, die „im **Herbst 2012**“ - „gefördert“ vom Planungsstab des Auswärtigen Amtes - vom **German Marshall Fund (GMF) und der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)** „versammelt“ wurde. (Zitate siehe: www.swp-berlin.org)

Das Papier „behandelt Deutschlands Rolle in der internationalen Ordnung und in Europa, seine strategischen Beziehungen und seine Sicherheitspolitik; für alle vier Bereiche macht es Empfehlungen“. (Zitat ebd.) Veröffentlicht wurde das Papier – vermutlich nicht zufällig – am Antikriegstag 2013. In vollem Wortlaut findet sich das Papier – im folgenden Strategiepapier genannt – ebenfalls auf der Seite des SWP - unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf.

Die **SWP** „berät“ nach eigener Aussage „den Bundestag und die Bundesregierung“ (Zitat ebd.). Etwas salopp ausgedrückt ist das SWP der Think Tank des deutschen Außenministeriums.

Der **GMF** bietet nach eigener Aussage „effective ways forward to solving today’s transatlantic policy issues“. (Zitat: www.gmfus.org). Nach Wikipedia wurde die Stiftung „1972 aufgrund einer Schenkung durch die Bundesrepublik Deutschland als Dank an die Bevölkerung der USA und als beständige Erinnerung an das unter dem Namen Marshallplan in die Geschichte eingegangenen European Recovery Program zum Wiederaufbau Europas nach Ende des Zweiten Weltkrieg errichtet“. Im Klartext: der GMF vertritt die Interessen der US-Außenpolitik.

Von SWP und GMF in die Arbeitsgruppe berufen wurden „51 außen- und sicherheitspolitische Expertinnen und Experten aus Bundestag, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Stiftungen, Denkfabriken, Medien und Nichtregierungsorganisationen“. (Zitat: www.swp-berlin.org)

Die namentlich genannten Experten waren:

– **Bundestag:**

Niels Annen, außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Peter Beyer, Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Roderich Kiesewetter, CDU

Stefan Liebich, Die Linke

Dietmar Nietan, SPD

Omid Nouripour, Bündnis 90/ Die Grünen

Joachim Spatz, FDP

Gerd Tebbe, Bündnis 90/ Die Grünen

– **Bundesregierung**

Dr. Thomas Bagger (Auswärtiges Amt)

Knut Brünjes (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie)

Dr. Christian Buck (Auswärtiges Amt)

Michael Flügger (Bundeskanzleramt)

Dr. Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven (Auswärtiges Amt)

Dr. Bastian Giegerich (Bundesministerium der Verteidigung)

Dr. Ulrike Guérot (European Council on Foreign Relations)
Rainer Meyer zum Felde (Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Nordatlantikpakt-Organisation Brüssel)
Dr. Karsten Sach (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
Jürgen Schnappertz (Auswärtiges Amt)
Dr. Hinrich Thölken (Auswärtiges Amt)
Dr. Jasper Wieck (Auswärtiges Amt)

– **Wissenschaft**

Prof. Dr. Tanja Börzel, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Manuel Fröhlich, Friedrich-Schiller-Universität Jena
Prof. Dr. Gunther Hellmann, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main
Alexandra Jonas, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
Prof. Dr. Jürgen Neyer, Europa-Universität Viadrina
Prof. Dr. Georg Nolte, Humboldt-Universität zu Berlin

– **Wirtschaft**

Martin Jäger, Daimler AG
Dr. Stefan Mair, Bundesverband der Deutschen Industrie
Dr. Tobias Raffel, Roland Berger School of Strategy and Economics

– **Medien**

Dr. Jochen Bittner, DIE ZEIT
Dr. Nikolas Busse, Frankfurter Allgemeine Zeitung

– **NGOs**

Wolfgang Grenz, Amnesty International
Dr. Wibke Hansen, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze
Dr. Patrick Keller, Konrad-Adenauer-Stiftung
Dr. Katrin Kinzelbach, Global Public Policy Institute
Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
Svenja Sinjen, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
Stefani Weiss, Bertelsmann Stiftung

– **SWP**

Dr. habil. Markus Kaim (Projektleitung)
Dr. Lars Brozus
Dr. Ronja Kempin
Dr. Barbara Lippert
Dr. Claudia Major
Prof. Dr. Hanns Maull
Dr. Stormy-Annika Mildner
Prof. Dr. Volker Perthes
Dr. Daniela Schwarzer
Birthe Tahmaz

– **GMF**

Dr. Constanze Stelzenmüller (Projektleitung)
Thomas Kleine-Brockhoff (Senior Director for Policy Programs)
Dr. Jörg Forbrig

Dass die Arbeit der Experten mit der Veröffentlichung des Papiers nicht zu ende war, werde ich später exemplarisch für die in der obigen Aufzählung fett hervorgehobenen Experten aufzeigen. Zuvor sollen ich die Kernaussagen des Papiers skizziert werden, um sie später in den Argumentationen der Experten, des Bundespräsidenten, des Außenministers, der Kriegsministerin und anderer Politikern wiedererkennen zu können.

Die Kernaussagen des Strategiepapiers „Neue Macht – Neue Verantwortung“

Zunächst sollen die Kernaussagen des Papiers – die später in diversen Stellungnahmen von Politikern und Journalisten zum Teil im genauen Wortlaut wieder auftauchen – skizziert werden. Zwecks besserer Übersicht sind im Folgenden wichtige Textstellen und oft wiederzufindende Begriffe fett hervorgehoben.

– Präampel

Das Papier beginnt mit einer Art Präambel: „**Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat [...] mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu**“. (Zitat: Strategiepapier, Einführung, S.2)

– Die Zäsur von 1990

„Vor 1990 wurde (west-)deutsche Außenpolitik aus einem Koordinatensystem mit zwei Fixpunkten hergeleitet: der überwundenen Vergangenheit und der erwünschten Zukunft: Aus der Vergangenheit erwuchs das unbedingte Bekenntnis zu Menschenwürde, Freiheit, rechtsstaatlicher Ordnung und Demokratie sowie zu einer auf universale Normen gestützte internationale Ordnung [...] Aus den Staatszielen nationale Einheit, Schutz gegen die Bedrohung aus dem Osten und Aussöhnung mit dem Westen folgte das Eintreten für die europäische Integration und das atlantische Bündnis. Diese Fixpunkte sind durch den **Fall der Mauer**, die **Auflösung des Warschauer Pakts** und den immer weiter vertieften europäischen Integrationsprozess verschwunden [...]

Für die deutsche Außenpolitik bleiben Vereinte Nationen, EU und NATO als verbindliche Rahmen - und doch sucht sie gleichzeitig nach neuer Orientierung“. (Zitat ebd. S.2)

– Deutschland braucht den Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen.

„Deutschland braucht [...] die Nachfrage aus anderen Märkten sowie den Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen. Mehr noch aber braucht es das stabile und vitale globale Umfeld, das diese Freiheiten erst möglich macht: ein **starkes Europa**, und eine liberale, normengestützte **Weltordnung** mit freien, offenen Staaten und Gesellschaften [...]

Deutschlands überragendes strategisches Ziel muss es daher sein, diese Weltordnung zu erhalten, zu schützen und weiter zu entwickeln“. (Zitat ebd. S.6)

– Die alte Weltordnung befindet sich im Umbruch

„Die erklärten Feinde von früher sind vielfältigen, diffusen Sicherheitsrisiken gewichen. Aufsteigende Mächte fordern mehr Teilhabe. **Die internationale Nachkriegsordnung wankt, aber eine neue ist nicht in Sicht**“. (Zitat ebd. S.2)

„Die **Globalisierung** [...] hat zudem ein breites Spektrum grenzüberschreitender **Risikofaktoren** hinzugefügt, die oft gehäuft auftreten, sich gegenseitig verstärken, und gegen die staatliche Hoheitsgewalt nur wenig auszurichten vermag: Klimawandel, demografische Entwicklung, **unkontrollierte Migration, Ressourcen- und**

Nahrungsmittelknappheit, Pandemien, schwache und versagende Staaten.

Damit ist neben der Gefahrenabwehr das Risikomanagement zum neuen Paradigma der Sicherheitspolitik geworden“. (Zitat ebd. S.4)

– **Deutschland ist in die Liga der globalen Akteure aufgestiegen**

„Deutschland befindet sich in einer neuen Lage, weil es inzwischen selbst in der Liga der globalen Akteure mitspielt [...] Seine **gewachsene Kraft** verleiht ihm heute **neue Einflussmöglichkeiten**. Auch das ist **Anlass für eine Neuvermessung seiner internationalen Beziehungen**“ . (Zitat ebd. S.30)

„Aus Deutschlands **gewachsener Macht** und seinem **gestiegenen Einfluss** folgt dabei auch ein **Mehr an Verantwortung**. Jahrzehntlang war Deutschland Konsument von Sicherheit, garantiert von der NATO und insbesondere von den USA. Heute erwarten Verbündete und Partner, dass Deutschland selbst Sicherheit produziert; und nicht nur für sich selbst“ . (Zitat ebd. S.38)

„Die größte aller außenpolitischen Aufgaben - die Erneuerung, Anpassung und **Neugestaltung der internationalen Ordnung** - ist von keinem Staat dieser Erde allein zu leisten. Bisher hat Deutschland jedoch, zumindest im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft, seinem geopolitischen Gewicht und seinem internationalen Ansehen, eher selektiv und zögerlich Gestaltungsangebote gemacht oder Initiativen ergriffen.

Noch ist Deutschland eine Gestaltungsmacht im Wartestand“. (Zitat ebd. S.9)

– **Deutschland wird künftig öfter und entschlossener führen müssen**

„Seine Geschichte, seine Lage, aber noch mehr seine gegenwärtige **wirtschaftliche Stärke** und sein **neues geopolitisches Gewicht** geben ihm [...] eine besondere **Verantwortung** für den **Erhalt** und die **Fortentwicklung** der **Europäischen Union**. Deutschland wird hier öfter und entschiedener führen müssen; aber für gemeinsame europäische Ziele, und nur für und mit den anderen Mitgliedstaaten“.(Zitat ebd. S.20)

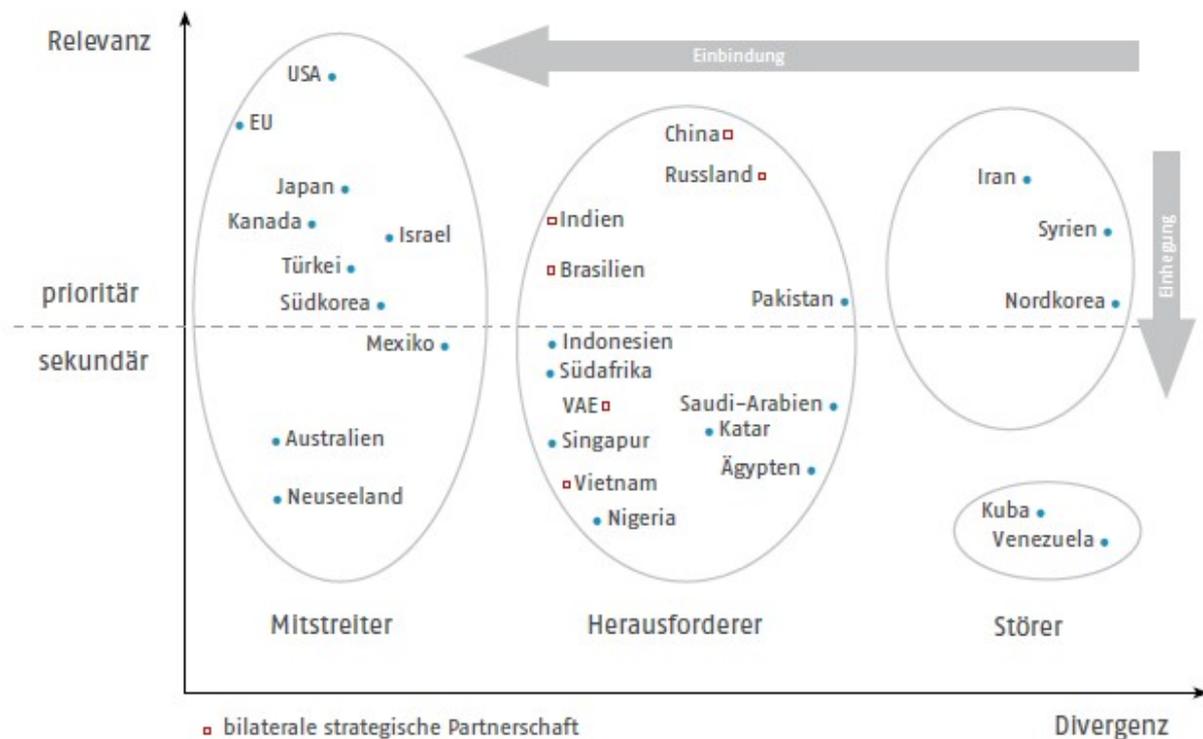
„**Im Sicherheitsrat sollten die führenden neuen Gestaltungsmächte vertreten sein, die bereit und willens sind, Verantwortung für die internationale Ordnung zu übernehmen. Dazu gehört auch Deutschland“.** (Zitat ebd. S. 14)

– **Deutschland muss bereit und imstande sein auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können**

„Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung und der friedlichen, offenen und freien Weltordnung, die sie möglich macht. Gleichzeitig ist Deutschland aber auch besonders abhängig vom Funktionieren dieser Ordnung. Es ist damit auf besondere Weise verwundbar und anfällig für die Folgen von **Störungen im System**“ . (Zitat ebd. S.2)

„**Da aber, wo Störer die internationale Ordnung in Frage stellen [...] muss Deutschland bereit und imstande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können**“ . (Zitat ebd. S.17)

Portfolio zum Thema Störer (aus ebd. S.31)



„Wenn Deutschland die eigene Lebensweise erhalten und schützen will, muss es sich folglich für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen legitimen Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen, einschließlich, wo und wenn nötig, den militärischen“. (Zitat ebd. S.38)

„Politik und Öffentlichkeit müssen sich darauf einstellen, dass eine **größere deutsche Rolle auf globaler Ebene** mit einem höheren Aufwand an Ressourcen verbunden sein wird“. (Zitat ebd. S.8)

„Moderne Rüstungstechnologien werden immer komplexer und kostspieliger. Eine international **wettbewerbsfähige europäische Rüstungsindustrie** ist auf Dauer nur durch eine weitgehende Konsolidierung nationaler Industrien im europäischen Rahmen zu erhalten; diese ist deshalb im deutschen Interesse“. (Zitat ebd. S.43)

– **Die Mitwirkung des Parlaments ist zu „flexibilisieren“**

„Im Deutschen Bundestag sollte ein Krisen- und Einsatzausschuss geschaffen werden. Die Parlamentsbeteiligung an Einsätzen ist zu flexibilisieren - etwa in Form eines Rückrufvorbehalts bei gleichzeitig früherer Einbindung des Parlaments durch die Exekutive und Informationsaustausch mit den Parlamenten der Verbündeten“. (Zitat ebd. S.44)

Kriegshetzer Gauck

Der erste, der die Inhalte und Ziele des Papiers – ohne es zu benennen - ausführlich und mit einer gehörigen Portion pseudochristlicher Moral versehen einer großen Öffentlichkeit vorstellte, war Bundespräsident und Pfarrer a.D. Joachim Gauck anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014.

Dass seine Rede verblüffende Parallelen zu dem Strategiepapier des GMF und SWP hat, dürfte kein Zufall sein. Ein knappes halbes Jahr zuvor, im August 2013, kurz vor Veröffentlichung des Papiers, engagierte Gauck **Thomas Kleine-Brockhoff** als neuen Leiter der „Stabsstelle Planung und Reden“. Kleine-Brockhoff, von Beruf Journalist, arbeitete seit 2007 als „Senior Director for Policy Programs“ für den GMF und war maßgeblich beteiligt an der Entstehung des Strategiepapiers. Davor leitete er das Büro von DIE ZEIT in Washington.

Neue Verantwortung oder die Deutschlands Rolle in der Welt - Auszüge aus Gaucks Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014

„Der runde Geburtstag gibt Anlass zur Rückschau, aber natürlich vor allem zum Blick nach vorn. Deshalb möchte ich heute über den Weg der Bundesrepublik sprechen - und darüber, wo er in Zukunft hinführen kann. Denn wir Deutschen sind auf dem Weg zu einer Form von Verantwortung, die wir noch wenig eingeübt haben. Kurzum: Ich möchte sprechen über die **Rolle Deutschlands in der Welt**“, beginnt Gauck seine Rede.

– **Präambel**

Gauck: „**Eines gleich vorweg: Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir jemals hatten** [...]“

Schauen wir uns an, wo Deutschland heute steht: Es ist eine **stabile Demokratie, frei und friedliebend, wohlhabend und offen**. Es tritt ein für **Menschenrechte**. Es ist ein verlässlicher **Partner** in Europa und in der Welt, gleich berechtigt und gleich verpflichtet“.

– **Die Zäsur von 1990**

Gauck: „Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte zunächst niemand, nicht im Ausland und nicht im Inland, Interesse an einer starken internationalen Rolle Deutschlands [...] Seit der **Wiedervereinigung** hat sich Deutschland auf den Weg gemacht. Schritt um Schritt wird die Bundesrepublik von einem Nutznießer zu einem Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit.“

– **Deutschland braucht den Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen.**

Gauck: „**Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und es profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden.**

Aus all dem leitet sich Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert ab: dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen“.

– **Die alte Weltordnung befindet sich im Umbruch**

Gauck: „**Deutschlands so definiertes Kerninteresse zu verfolgen, während sich die Welt rundherum tiefgreifend verändert, das ist die große Herausforderung unserer Zeit [...]**

Dies hat auch Konsequenzen für unsere **Sicherheit**: Unvermutet schnell geraten wir hinein in eine Welt, in der sich Einzelne so viel Vernichtungskraft kaufen können wie früher nur Staaten. Eine Welt, in der ökonomische und politische Macht wandert oder ganze Regionen aufrüstet. Im Nahen Osten drohen sich einzelne **Feuer** zu einem **Flächenbrand** zu verbinden. Just in dem Moment überdenkt die einzige Supermacht Ausmaß und Form ihres globalen Engagements [...]

Im Zuge dieser Entwicklung zu glauben, man könne in Deutschland einfach so weitermachen wie bisher - das überzeugt mich nicht“.

– **Deutschland ist in die „Liga der globalen Akteure“ aufgestiegen**

Gauck: „**Seit der Wiedervereinigung hat sich Deutschland auf den Weg gemacht. Schritt um Schritt wird die Bundesrepublik von einem Nutznießer zu einem Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit:**

Ich nenne erstens die Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland investiert hier auch deshalb große Summen, weil es helfen möchte, stabile und eben sichere Gesellschaften aufzubauen. Deutschland tut zweitens viel dafür, die Welt in eine ressourcenschonende Zukunft zu bringen. Und drittens fördert kaum ein Land die internationalen Institutionen engagierter. **Viertens hat sich Deutschland auch an Militäreinsätzen so manches Mal beteiligt.** Was die Bundesrepublik fünftens für das Zusammenwachsen Europas und die Überwindung der jüngsten Krise getan hat, das kann sich durchaus sehen lassen“.

– **Deutschland wird künftig öfter und entschlossener führen müssen**

Gauck: „**Aus all dem folgt: Die Beschwörung des Altbekannten wird künftig nicht ausreichen!**

Die **Kernfrage** lautet doch: **Hat Deutschland die neuen Gefahren und die Veränderung im Gefüge der internationalen Ordnung schon angemessen wahrgenommen? Reagiert es seinem Gewicht entsprechend?** Ergreift die Bundesrepublik genügend Initiative, um jenes Geflecht aus Normen, Freunden und Allianzen zukunftsfähig zu machen, das uns doch Frieden in Freiheit und Wohlstand in Demokratie gebracht hat? [...]

Deutschland zeigt zwar seit langem, dass es international verantwortlich handelt. Aber es könnte - gestützt auf seine Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit - **entschlossener weitergehen, um den Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, NATO und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen.** Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde“.

– **Deutschland muss bereit und imstande sein auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können**

Gauck: „Deutschland ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten. Somit

profitiert Deutschland von der offenen Ordnung der Welt. Und es ist **anfällig für Störungen im System** [...] Deshalb lohnt es sich für die Bundesrepublik, in die europäische Zusammenarbeit und in die internationale Ordnung angemessen zu investieren.

Es ist schon richtig: Probleme zu lösen, kann Geld kosten, manchmal viel Geld. Aber nicht nur in der europäischen Krise haben wir bewiesen, dass wir bereit sind, weit zu gehen, Bündnisverpflichtungen einzuhalten und Unterstützung zu leisten, weil dies letztlich auch in unserem eigenen Interesse liegt.

Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein.

Eines haben wir gerade in Afghanistan gelernt: **Der Einsatz der Bundeswehr war notwendig, konnte aber nur ein Element einer Gesamtstrategie sein.** Deutschland wird nie rein militärische Lösungen unterstützen, es wird politisch besonnen vorgehen und alle diplomatischen Möglichkeiten ausschöpfen. Aber **wenn schließlich der äußerste Fall diskutiert wird - der Einsatz der Bundeswehr - dann gilt: Deutschland darf weder aus Prinzip „nein“ noch reflexhaft „ja“ sagen [...]**

Für mich ist ganz klar: Wir brauchen das NATO-Bündnis. Und gerade wenn die Vereinigten Staaten nicht ständig mehr leisten können, müssen Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich sein“.

– **Die Mitwirkung des Parlaments ist zu „flexibilisieren“**

Gauck: „In Zukunft kann daraus sogar eine **gemeinsame europäische Verteidigung** wachsen. In unserer vernetzten Welt gibt es Probleme, die kein Staat alleine lösen kann, und sei er noch so mächtig“.

Alle Zitate siehe: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html)

Antikriegstag 2014 oder Gauck hetzt weiter

Einen weiteren Anlass für die Vorstellungen des Strategiepapiers zu werben findet Gauck in der Gedenkfeier zum „Ausbruch des 2. Weltkrieges“ am 1. September 2014 auf der geschichtsträchtigen Westerplatte in Danzig.

Auszüge aus Gaucks Rede auf der Westerplatte:

– **Gemeinsame Zukunft**

Gauck: „Die Annäherung zwischen unseren Völkern kommt mir [...] wie ein Wunder vor. Um dieses Wunder Wirklichkeit werden zu lassen, brauchte und braucht es Menschen, die politische Vernunft und einen starken Willen einbringen. **Politische Vernunft**, um weiter den Weg zu beschreiten, den Westeuropa 1950 mit der **Schaffung einer europäischen Völkerfamilie** begann und nach 1989 gemeinsam mit Mittel- und Osteuropa fortsetzte.

Ferner den starken Willen, die **schmerzhafteste Vergangenheit** wohl zu erinnern, aber letztlich doch hinter sich zu lassen - um einer **gemeinsamen Zukunft** willen [...] Um eben

dieser Zukunft willen lassen Sie uns weiter **vereint das friedliche und demokratische Europa bauen**“.

„Politische Vernunft“ ist nach Gauck also, was Westeuropa 1950 „mit der Schaffung einer europäischen Völkerfamilie begann und nach 1989 gemeinsam mit Mittel- und Osteuropa fortsetzte“, im Klartext: die Schaffung und seit 1990 Ausdehnung von EU und NATO in Richtung ehemalige Sowjetunion. Die Vergangenheit soll zugunsten einer „gemeinsamen Zukunft“ - in dem seit 1950 aufgebauten „friedlichen und demokratischen Europa“ - zwar gelegentlich erinnert aber letztlich doch (endlich) hinter sich gelassen werden.

– **Gemeinsame Feinde**

Gauck weiter: „Als sich vor genau fünf Jahren hier auf der Westerplatte 20 europäische Staats- und Regierungschefs versammelten und gemeinsam der Gräuel des Zweiten Weltkriegs gedachten, sahen wir uns auf dem Weg zu einem **Kontinent der Freiheit und des Friedens**. Wir glaubten und wollten daran glauben, dass auch **Russland, das Land von Tolstoi und Dostojewski**, Teil des gemeinsamen Europa werden könne [...] Wohl niemand hat damals geahnt, wie dünn das politische Eis war, auf dem wir uns bewegten. Wie irrig der Glaube, die Wahrung von **Stabilität** und **Frieden** habe endgültig Vorrang gewonnen gegenüber Machtstreben [...]

Nach dem Fall der Mauer hatten die Europäische Union, die Nato und die Gruppe der großen Industrienationen jeweils besondere Beziehungen zu Russland entwickelt und das Land auf verschiedene Weise integriert. Diese Partnerschaft ist von Russland de facto aufgekündigt worden.

Wir wünschen uns auch in Zukunft Partnerschaft und gute Nachbarschaft. Aber die Grundlage muss eine Änderung der russischen Politik und eine Rückkehr zur Achtung der Prinzipien des Völkerrechts sein.

Weil wir am Recht festhalten, es stärken und nicht dulden, dass es durch das Recht des Stärkeren ersetzt wird, stellen wir uns jenen entgegen, die internationales Recht brechen, fremdes Territorium annectieren und Abspaltung in fremden Ländern militärisch unterstützen [...]

Wir werden Politik, Wirtschaft und Verteidigungsbereitschaft den neuen Umständen anpassen“, droht Gauck offen.

Doch nicht nur im Osten Europas lauern Feinde und Störer ...

Gauck weiter: „Europa steht vor neuen, vor großen Herausforderungen. Was wir augenblicklich erleben ist die **Erosion alter Ordnungen** und das **Aufflackern neuer Formen von Gewalt an unserer Peripherie**.

Das gilt auch für den Nahen Osten und Nordafrika. Nur an wenigen Orten führte der Arabische Frühling zu Demokratie und Stabilität, vielerorts halten die **Unruhen** und **Machtkämpfe** an. Starken Einfluss gewannen **islamistische Gruppen**, besonders **gewalttätige Fundamentalisten** setzten sich in Teilen von Syrien und im Irak durch [...] Im Unterschied zu früheren Rebellionen geht es diesen Gruppen nicht um einen Machtwechsel in nationalstaatlichem Rahmen. Sie sind viel radikaler und zielen auf die Errichtung eines terroristischen Kalifats im arabischen Raum.

Fanatisierte und brutalisierte Männer und Frauen aus unterschiedlichen Ländern missbrauchen die Religion und die Moral, um alle zu verfolgen und unter Umständen zu ermorden, die sich ihnen widersetzen - Muslime ebenso wie Andersgläubige. Unsere westlichen Städte und Staaten halten sie für Orte der Verderbnis. Die aus der Aufklärung erwachsene Gesellschaftsform der Demokratie wird von ihnen bekämpft und die Universalität der Menschenrechte geleugnet.

Verhinderung wie Bekämpfung dieses **Terrorismus** liegen ganz existentiell im gemeinsamen Interesse der Staatengemeinschaft und damit Europas. Erstens wegen der geographischen Nähe: **Die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten kommen zu uns nach Europa, und die Terroristen werben neue Rekruten auch in unseren Staaten an.** Zweitens, weil der Konflikt unsere europäischen Länder erreichen kann. **Nicht auszuschließen ist, dass auch europäische Staaten zum Ziel islamistischer Angriffe werden.**

Wenn wir den heutigen Jahrestag hier auf der Westerplatte gemeinsam begehen, so konfrontieren wir uns nicht nur mit dem, wozu Menschen im Zweiten Weltkrieg fähig waren. Wir konfrontieren uns auch ganz bewusst mit dem, wozu Menschen heute fähig sind.

Am 1. September 1939 griffen Soldaten der deutschen Wehrmacht Polen an. **Ja, uns führt heute das Gedenken zusammen. Aber genauso stehen wir angesichts der aktuellen Bedrohungen zusammen.**

Niemand sollte daran zweifeln: Deutsche und Polen stehen beieinander und ziehen am selben Strang. Gemeinsam nehmen wir die besondere Verantwortung an, die uns in den Konflikten in unserer Nachbarschaft zugewachsen ist. [...]

Auch die Europäische Union muss angesichts der neuen Herausforderungen zusammenstehen. Nur gemeinsam können wir das demokratische und friedliche Europa der Zukunft bauen. Und nur gemeinsam können wir es verteidigen."

Gegen Russland, gegen Islamisten, gegen gewalttätige Fundamentalisten und Terroristen, die neue Rekruten auch in unseren Staaten anwerben und - Gauck sagt es nicht, legt aber die Assoziation nahe - gegen „Flüchtlinge aus dem Nahen Osten“, die „zu uns nach Europa kommen.“ (Zitat ebd. s.o.)

Alle Zitate siehe: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/09/140901-Gedenken-Westerplatte.html

Die „Experten“ arbeiten weiter

Doch nicht nur Gauck arbeitet für Meinungsmache im Sinne des Strategiepapiers, auch die Macher selber arbeiten weiter an der Verbreiterung der Akzeptanz in der in der Mehrheit bisher immer noch eher kriegsskeptischen deutschen Bevölkerung.

– **Zum Beispiel: Dr. Jochen Bittner, DIE ZEIT**

Ein erstes frohlockendes Fazit der erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit zieht **Jochen Bittner** – selbst maßgeblicher Mitautor des Strategiepapiers - in einem äußerst aufschlussreichen Artikel in der ZEIT Online vom 1. Mai 2014.

Bittner: „**Es ist, auch mit einigem Abstand betrachtet, eine ziemliche Sensation, die sich da auf der Sicherheitskonferenz in München abgespielt hat.**

Drei unwahrscheinliche Verbündete - der **Bundespräsident**, ein ehemaliger Bürgerrechtler, der in sein Amt zurückgekehrte **Außenminister**, ein solider Sozialdemokrat, und die neue **Verteidigungsministerin**, eine der Modernisiererinnen der Union - **haben gemeinsam nicht weniger als einen außenpolitischen Kurswechsel eingeleitet.** Alle drei sind entschlossen, Deutschland eine aktivere Rolle in der Weltpolitik zuzuweisen - in der Diplomatie, bei der Entwicklungshilfe, bei der Überwindung von Finanzkrisen, letztlich aber auch bei Militäreinsätzen. Sie haben keine Furcht mehr, wenn von Deutschland Führung verlangt wird. Eher fürchten sie den Vorwurf der Passivität und der Drückebergerei.

'Gleichgültigkeit ist keine Option für Deutschland', sagt Ursula von der Leyen. Und Frank-Walter Steinmeier wiederholt in seinem Beitrag wörtlich einen Hauptsatz aus der Münchner Rede von Joachim Gauck: 'Deutschland muss bereit sein, sich außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substanzieller einzubringen.' [...]

Der Bundespräsident hat seit Langem auf eine Gelegenheit gewartet, auf den richtigen Zeitpunkt und auf den richtigen Ort. Erst leise, dann immer lauter hatte Joachim Gauck angedeutet, was er von dem Reflex des 'Ohne uns' in der deutschen Sicherheitspolitik hält [...] Schließlich bietet sich die Gelegenheit, auf die der Bundespräsident aus ist. Im Sommer 2013 kommen die Organisatoren der Münchner Sicherheitskonferenz auf Gauck zu. Ob er nicht die Festrede zum 50. Jubiläum der renommierten Tagung halten wolle? [...] Der Bundespräsident nimmt die Einladung gern an. Aber sein Thema setzt er selbst: Deutschlands Verantwortung und seine Rolle in der Welt.

Monatelang wird an Gaucks Redetext gefeilt, der Inhalt wird mit dem Auswärtigen Amt und mit dem Verteidigungsministerium abgestimmt. Natürlich auch mit dem Kanzleramt, aber da erkennt man seine Brisanz offenbar nicht richtig.

Dabei geht es Gauck in den Worten eines langjährigen Beobachters der Berliner Szene um zwei fundamentale Botschaften. **Die Botschaft nach außen: Deutschland muss und wird künftig mehr Verantwortung übernehmen. Die Botschaft nach innen: Wir müssen die deutsche Öffentlichkeit aus dem von Frau Merkel verursachten Tiefschlaf aufwecken.** Dafür ist der Bundespräsident bereit, bis an die Grenzen seiner Amtskompetenzen zu gehen, die ihm eine Einmischung in die operative Politik verbieten.

Ganz anders als das Kanzleramt reagiert der neue Außenminister sofort auf Gaucks Initiative. Wenige Wochen vor der Münchner Rede trifft der Bundespräsident Steinmeier zu einem langen persönlichen Gespräch. **Die beiden stimmen ihre Auftritte exakt ab. Denn sie wollen demonstrativ deutlich machen, dass sie bei diesem Thema einer Meinung sind.** Steinmeier und seinen Leuten geht es dabei nicht allein um die inhaltliche Position. Sie wollen auch zurück ins politische Spiel. Im Auswärtigen Amt hat sich unter Steinmeiers Amtsvorgänger Guido Westerwelle enormer Frust angestaut. Das Amt sei ins Abseits geraten, ist die vorherrschende Wahrnehmung, es sei geradezu in der Bedeutungslosigkeit versunken. [...]

In der außenpolitischen Community Berlins gärt die Unzufriedenheit mit der deutschen Lethargie schon seit Langem. **Vier Jahre Westerwelle, vier Jahre ohne klaren Kurs, dafür mit umso mehr Verstimmung bei den Bündnispartnern,** all das hat den Unmut wachsen lassen. Das Grummeln war deutlich vernehmbar, auch ohne Gauck. [...]

Am Freitag vergangener Woche schließlich hält Gauck seine lange vorbereitete Rede in München. Die Exportnation Deutschland profitiere wie kaum ein anderes Land von der offenen Weltordnung, es müsse deshalb seinen fairen Risikoanteil daran tragen, diese

Weltordnung zu erhalten. In Deutschland aber habe sich ein 'fragwürdiges Recht auf Wegsehen' ausgebildet. 'Das', hebt Gauck die Stimme, 'werde ich immer kritisieren. Die Bundesrepublik muss bereit sein, mehr für jene Sicherheit zu tun, die seit Jahrzehnten von anderen gewährt wird.'

Seither debattiert die Republik über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, über das richtige Maß von Engagement - und vor allem darüber, wie militärisch dieses Engagement sein muss. [...]

Wer dazu bisher wenig sagt, ist die Frau, die eigentlich die Richtlinien der deutschen Politik bestimmen sollte. Aber 'die Kanzlerin will keine sicherheitspolitische Generaldebatte', sagt ein CDU-Bundestagsabgeordneter. Sie habe Angst vor Streitigkeiten zwischen den Ressorts. 'Und vor den Europawahlen kann sie eine solche Debatte schon gar nicht gebrauchen.' [...]

So fordern einige Verteidigungsfachleute der CDU, die Bundestagsbeteiligung bei der Mandatierung von Militäreinsätzen müsse überdacht werden. Dahinter steckt der Gedanke, die Bundeswehr zu einem verlässlicheren Partner in multinationalen Verbänden wie der EU Battlegroup, der Nato Response Force oder den Awacs-Aufklärungsflugzeugen zu machen.

Einer derjenigen, die diese Idee am lautesten ventilieren, ist **Roderich Kiesewetter**, Oberst a. D. und Obmann für Außenpolitik in der Unionsfraktion. **Die Exekutive, sagt er, brauche eine gewisse Bandbreite für den Einsatz dieser Verbände.**

'Natürlich muss der Bundestag das Entscheidungsrecht für Einsätze deutscher Soldaten behalten', sagt Kiesewetter. Aber es geht schon um die Prüfung einer Vorfestlegung, damit wir langfristige Verpflichtungen eingehen können.' [...]

Die Frage nach Sinn und Nutzen militärischer Auslandseinsätze stellt sich heute so drängend wie vor zwanzig Jahren. Populär sind solche Einsätze in der Bevölkerung nicht. Nur würde man die gegenwärtige Debatte gründlich missverstehen, begrenzte man sie nur auf das Militärische. Aktive Diplomatie ist das genaue Gegenteil. Gut möglich, dass Merkel die Diskussion dennoch rasch wieder abmoderieren möchte. Denn Wählerstimmen gewinnt man so nicht.

Dass aber der Bundespräsident ihr diesen Gefallen tut und künftig wieder schweigen wird, das ist mehr als unwahrscheinlich.“ Beschließt Jochen Bittner siegessicher seinen Artikel.

(Aus: www.zeit.de/2014/07/deutsche-aussenpolitik-sicherheitskonferenz)

– **Zum Beispiel: Niels Annen (SPD)**

Jochen Bittner ist nicht der einzige aus dem Expertenteam, der weiter Öffentlichkeitsarbeit im Sinne des Strategiepapiers betreibt. So antwortet **Niels Annen (SPD)** – ebenfalls Gauck lobend - in einem Interview mit ZEIT ONLINE vom 21.6.2014 auf die Frage: „Weshalb sollten wir [...] erneut über Auslandseinsätze diskutieren, wie der Bundespräsident fordert?“:

„Wir brauchen [...] eine umfassende Diskussion über unsere außenpolitische Rolle. Es ist gut, dass der Bundespräsident dazu einen Anstoß gegeben hat. Wir führen zwar seit Jahren eine Fachdebatte darüber unter den Außen- und Verteidigungspolitikern, mit Wissenschaftlern und Experten. Eine breite Öffentlichkeit hat aber erst der Bundespräsident erreicht.“

(Aus: www.zeit.de/politik/deutschland/2014-06/deutsche-verantwortung-niels-annan)

– **Zum Beispiel: Roderich Kiesewetter (CDU) und Peter Beyer (CDU)**

Auf der Seite von „Deutscher BundeswehrVerband“ ist unter der Überschrift „Die erste Juniwoche [2014] im Bundestag: Einsätze, Parlamentsvorbehalt und mehr“ zu lesen:

„Kaum eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages ohne Beratung oder Abstimmung über einen Einsatz der Bundeswehr: In dieser Woche haben die Parlamentarier die deutsche Beteiligung an der Mission KFOR erneut verlängert [...] Fast alle Redner darin überein, dass die Fortschritte zur Stabilisierung deutlich seien [...] Lediglich die Fraktion Die Linke sprach sich gegen den Einsatz aus [...] Dagegen dankten die Abgeordneten **Peter Beyer** (CDU) und Wolfgang Hellmich (SPD) ausdrücklich den Kameradinnen und Kameraden im Einsatz.

Roderich Kiesewetter wies der Entwicklung im Kosovo einen möglichen Vorbildcharakter für zukünftige sicherheitspolitische Diskussionen zu: 'mit klaren Interessen, die wir im Kosovo haben, mit definierten Aufgaben, die wir lösen wollen, mit einer klaren Zielsetzung und vor allen Dingen - das ist Wichtigste - mit einer guten Erklärung für unsere Bevölkerung, warum unsere Soldatinnen und Soldaten dort sind.'“

(Aus: www.dbwv.de/C12574E8003E04C8/Print/W29KTDQL195DBWNDE)

– **Zum Beispiel: Omid Nouripour (Bündnis 90/ Die Grünen)**

In einem Spiegel-online-Interview am 13.8.2014 antwortet **Omid Nouripour** auf die Frage „Wollen Sie die Bundeswehr in den Irak schicken?“:

„Ich will, dass die Bundesregierung in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft überprüft, wie sie am besten helfen kann. Natürlich kann auch das Militärische eine Rolle spielen, vor allem aus der Luft. Immer von deutscher Verantwortung in der Welt zu sprechen, und dann sich in die Büsche schlagen, wenn es ungemütlich wird, das geht nicht.“

Aus: www.spiegel.de/politik/ausland/is-irak-gruener-nouripour-erwaegt-bundeswehr-einsatz-gegen-islamisten-a-985853.html

– **Zum Beispiel: Stefan Liebich (Die Linke)**

Von **Stefan Liebich** meldet die FAZ am 24.1.2014: „Der neue Obmann der Linken im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, Stefan Liebich, hält eine Zustimmung seiner Fraktion zu bestimmten Auslandseinsätzen der Bundeswehr für möglich. Man müsse sich Entscheidungen über Auslandseinsätze 'in jedem Fall ganz genau anschauen', sagte er der Berliner Zeitung Freitag. Liebich sagte, das Grundsatzprogramm seiner Partei sehe im Falle eines Regierungseintritts Kriegseinsätze der Bundeswehr als rote Linie an. Luftbrücken bei Hungersnöten hingegen seien ebenso denkbar wie die Sicherung eines Waffenstillstandes im Rahmen einer Blauhelm-Mission der Vereinten Nationen.

'Ich selbst sage, dass ein Einsatz auch nach Kapitel VII UN-Charta nötig sein kann, wenn es Völkermorde gibt, bei denen wir nicht zuschauen dürfen', so Liebich. 'Das ist nicht in unserem Grundsatzprogramm festgeschrieben. Aber ich sehe es trotzdem so.'“

Aus: www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-linkspartei-streitet-um-auslandseinsaetze-12767147.html

– **Zum Beispiel: Stelldichein beim Brussels Forum**

Am 22.3.2015 lud der **GMF** zu seinem jährlich stattfindenden „Brussels Forum“ ein. Mit von der Partie waren u.a. Außenministerin **Ursula von der Leyen**, **Roderich Kiesewetter** und **Niels Annen**. Am 31.3.2015 berichtet der Tagesspiegel unter der Überschrift: „**Ursula von der Leyen stellt Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen in Frage**“ :

„Der Vorschlag einer **europäischen Armee** hat in Deutschland Beifall aus allen Parteien gefunden. Verteidigungsministerin **Ursula von der Leyen** (CDU), die dafür ist, **spricht** beim 'Brussels Forum' des German Marshall Funds, einer der weltweit bedeutendsten Konferenzen zur internationalen Politik, **in warmen Worte über dieses 'wichtige Langzeitziel'**.

Es habe freilich praktische Konsequenzen für die Bundeswehr, fügt sie hinzu. In einigen anderen EU-Staaten ist die Zustimmung zum Projekt Europa-Armee nicht ganz so groß. Briten und Polen sehen in der Nato eine verlässlichere Sicherheitsgarantie. Franzosen und Niederländer fragen schon heute, ob integrierte Truppenteile, die sie gemeinsam mit den Deutschen aufbauen, in der Praxis auch nutzbar sind oder dies am deutschen **Parlamentsvorbehalt** scheitern kann [...]

Nach heutiger Rechtsprechung können Einheiten mit deutschen Soldaten nur mit Zustimmung des Bundestags eingesetzt werden. Auf die Frage, wie die Skepsis beim Aufbau einer Europäischen Armee überwunden werden kann, sagte **Leyen in Brüssel: 'Es kann sein, dass wir das deutsche Recht ändern müssen.'** [...]

Mit den Konsequenzen aus der Europäisierung nationaler Streitkräfte, unter anderem für den Parlamentsvorbehalt, befasst sich in Deutschland die '**Rühe-Kommission**', die nach dem früheren Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) benannt ist. Sie soll im Frühsommer ihren Bericht vorlegen. Ihr Mitglied **Roderich Kiesewetter** (CDU) sagt u.a.: '**Niederländer und Polen wären schwer enttäuscht, wenn ein von ihnen gewünschter Einsatz gemeinsamer Einheiten am Bundestag scheitert. Wer integrierte Streitkräfte aufbaut, erwartet Verlässlichkeit - sie von uns und wir von ihnen.'**

Kommissionsmitglied **Niels Annen** pflichtet bei: '**Der Bundestag muss es ernst nehmen, wenn die Verbündeten Zweifel haben.'** Beide betonen, dass sie den **Parlamentsvorbehalt nicht abschaffen, sondern modifizieren wollen.** Wenn die Bundesregierung den Bundestag frühzeitig in ihre Pläne einbeziehe, werden die am Parlament nicht scheitern. [...]

Annen meint, dass 'der Parlamentsvorbehalt kein Hindernis für den Aufbau gemeinsamer integrierter Truppen' sei. An der Zustimmung des Bundestags sei noch kein Einsatz der Bundeswehr gescheitert. Leyens Überlegung, das deutsche Recht zu ändern, kommentiert er vorsichtig: 'Wenn sie darauf abzielt, Kompetenzen des Bundestags an das Europäische Parlament zu übertragen, denken wir in eine ähnliche Richtung. Aber eine Einschränkung des Parlamentsvorbehalts wird es mit der SPD nicht geben.'

(Aus: www.tagesspiegel.de/politik/bundeswehr-ursula-von-der-leyen-stellt-parlamentsvorbehalt-bei-auslandseinsaetzen-in-frage/11537352.html)